**Regierungsratsbeschluss
zum Grossratsbeschluss über den Lärmschutz**

vom 17. Mai 1994¹

Landammann und Regierungsrat des Kantons St.Gallen
erlassen

in Anwendung von Art. 3 des Grossratsbeschlusses über den Lärmschutz vom
8. November 1990²

als Beschluss:

Übertragung von Aufgaben

Art. 1.

¹ Der politischen Gemeinde St.Gallen werden folgende Aufgaben übertragen:

- a) Sanierungen und Schallschutzmassnahmen bei Verkehrsanlagen des Staates, soweit keine besonderen Vorschriften gelten;
- b) Verfügungen bezüglich Lärm aus Industrie und Gewerbe, wenn eine kantonale Stelle nach der Gesetzgebung über den Arbeitnehmerschutz für die Anlage zuständig ist.

Änderung bisherigen Rechts

Art. 2.

Der Regierungsratsbeschluss über die Bezeichnung der zuständigen Stellen des Staates für den Vollzug der eidgenössischen Lärmschutz-Verordnung vom 13. November 1990³ wird wie folgt geändert:

Art. 2 lit. c.

¹ Die Tiefbau- und Strassenverwaltung ist zuständige Stelle des Staates für:

- c) Sanierungen und Schallschutzmassnahmen bei Verkehrsanlagen des Staates mit Ausnahme der Gewährung von Erleichterungen und soweit keine besonderen Vorschriften gelten;

Vollzugsbeginn

Art. 3.

¹ Dieser Beschluss wird ab 1. Juli 1994 angewendet.

Der Landammann:
Alex Oberholzer

Im Namen des Regierungsrates,
Der Staatsschreiber:
Dr. Dieter J. Niedermann

1 In Vollzug ab 1. Juli 1994.

2 sGS 672.43.

3 sGS 672.431.